

Korrekturmassnahmen nicht auf morgen verschieben

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein Budget mit einem Defizit von 230 Millionen Franken vorgelegt. Dass die Auswechslung des Kassenwarts in der Halbzeit keine gute Voraussetzung für einen kohärenten Budgetprozess war, das anerkennen wir. Trotzdem hätten wir erwartet, dass der Gesamtstadtrat die notwendigen Korrekturmassnahmen im Voranschlag 2014 – allenfalls nachträglich im Novemberbrief – anpackt. Davon ist jedoch im Budgetentwurf nichts zu finden. Auch die vielfach zitierten „Defizitreduktionen“ im Umfang von 80 Millionen Franken sind zum grossen Teil Luftbuchungen, die keine praktische Wirkung auf die Ausgaben der Stadt haben werden.

Aktuell verfügt die Stadt Zürich noch über ein Eigenkapital von knapp 600 Millionen Franken. Ziel auch des Stadtrates hätte es sein müssen, den Abbau dieses Eigenkapitals im Jahr 2014 entscheidend zu bremsen. Dies hat er klar verfehlt. Damit erhöht sich die Gefahr, dass der notwendige Ausgleich des strukturellen Defizits in den kommenden Jahren nur mit massiven und unnötigen Härten erreichbar sein wird. Das spürt die Bevölkerung nach Wahlen genauso wie vorher.

Vor dieser Ausgangslage mag man zwar ein gewisses Verständnis dafür haben, dass das Gros des Gemeinderates – dem alljährlichen Negativbeispiel der SVP folgend – ein heiteres Budgetraten veranstaltet. Herausgekommen ist eine Flut von Anträgen, die zwar viel Unruhe in der Verwaltung auslös(t)en, die aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Ausgaben der Stadt haben werden. Mit diesem Antragswust werdet ihr weder die Finanzen der Stadt Zürich retten noch das Wahlergebnis am 9. Februar ernsthaft beeinflussen.

Die AL geht einen anderen Weg. Wir sehen keinen Anlass für einen panischen Kurswechsel. Unser Ziel ist es, die Schliessung des strukturellen Ausgabenüberhangs in den nächsten Jahren ohne die Kollateralschäden umzusetzen, die hektische Sparprogramme in der Regel auslösen.

- Als Alternative zu konzeptlosen Einzelkürzungen auf den IT-Konten schlagen wir eine langfristige Plafonierung der IT-Ausgaben durch eine von der Verwaltung vorzunehmende Verzichtplanung vor.
- Nachdem der Gemeinderat bereits den automatischen Teuerungsausgleich für den Fall eines Bilanzdefizits aus dem Personalrecht gestrichen hat, wehren wir uns gegen weitere flächendeckende Sparmassnahmen beim Personal. Wir schlagen stattdessen ein Kaderlohnopfer vor. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die mehr als 110'000 Franken verdienen, sollen zeitlich befristet einen Beitrag zur Reduktion des Defizits leisten.
- Damit die für Bildung und Betreuung notwendigen Mittel langfristig gesichert werden können, stimmen wir keinen neuen Verwaltungsstellen zu. Neue Projekte wie die Erhöhung der Nachtpräsenz der Stadtpolizei, die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft oder der Masterplan Velo sowie laufende Aufgaben wie die bauliche Planung (AFS, AHB, IMMO) oder das Personalwesen (HRZ) sind mit dem bestehenden Stellenplafond zu bewältigen.
- Um den finanziellen Spielraum der Stadt zu erweitern und eine ruckartige Erhöhung des Steuereffusses zu vermeiden, schlagen wir zum zweiten Mal die Rücknahme der

2007 (sic!) beschlossenen Senkung des Steuerfusses von 122 auf 119 Prozent vor.
Bis 2017 würde diese Massnahme den Abbau des Eigenkapitals um rund 200
Millionen reduzieren und Raum schaffen für intelligente Ausgabenreduktionen.

Wir schliessen mit einer Fussnote zum Freisinn. In den letzten 150 Jahren war die FDP die Partei, die sich für Investitionen in die Bildung stark gemacht hat. In den nächsten 40 Jahren werden uns ihre Erben erklären, dass man die alten Bildungsideale des Freisinns auch bei steigenden Schülerzahlen mit deutlich weniger Ressourcen realisieren kann. Sie werden uns erläutern, wie die flächendeckende Einführung der Tagesschule mit weniger Personal, die Mittagsbetreuung ohne den Einkauf zusätzlicher Lebensmittel und die Eröffnung der im Bau befindlichen Schulen und Horte ohne neue Stellen umgesetzt werden kann. Wir kondolieren.

Zürich, 11. Dezember 2013